

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 23 – Verdrängung von Stammebelegschaften durch Leiharbeit

Dazu sagt der Sprecher für Wirtschaftspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Andreas Tietze:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 144.10 / 17.03.2010**

## Reguläre Beschäftigung statt Zeitarbeit

Leiharbeit oder Arbeitnehmerüberlassung in Bausch und Bogen zu verdammen macht keinen Sinn und ist unrealistisch, denn Auftragspitzen in Industrie, Dienstleistungen und Handel können mit Leiharbeitnehmern schnell abgearbeitet werden. Ein Problem wird Leiharbeit, wenn durch ihren Einsatz die Stammebelegschaften ausgedünnt werden.

In vielen Leiharbeitsfirmen werden Tarifverträge zum Beispiel mit der IG Metall abgeschlossen. Leiharbeitsfirmen brauchen qualifizierte Mitarbeiter/Innen, um die Arbeitsaufgaben in fremden Betrieben auch ableisten zu können. Die Wirtschaft wird nur auf die Leihfirmen dauerhaft zurückgreifen, wenn sie weiß, dass die Leute die geschickt werden auch ihren Job verstehen.

In guten wirtschaftlichen Zeiten kam es vor, dass LeiharbeiterInnen von der Entleihfirma übernommen wurden und einen festen Arbeitsplatz erhielten. So etwas ist leider in Zeiten der Wirtschaftskrise seltener geworden. Ich erinnere daran, dass die IG Metall eine Kampagne gestartet hat, um eine Gleichbehandlung von Leiharbeiter zu erreichen. Richtig erfolgreich war das nicht.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine richtige Forderung. Ich halte allerdings die Forderung der SPD, nach kurzer Einarbeitungszeit schon ohne Ausnahme gleichen Lohn zuzahlen für sehr naiv und realitätsfern. Es dauert eine gewisse Zeit bis LeiharbeiterInnen genau so produktiv und fehlerfrei an hochwertigen Werkzeugmaschinen tätig sein können wie langjährige MaschinenführerInnen. Dann aber ist die Forderung nach glei-

chem Lohn absolut gerechtfertigt.

Stamm-Belegschaften sehen Leiharbeiter sehr kritisch. Auch wenn sie willkommen sind, um Arbeitsspitzen abzubauen, so bleiben sie ein Fremdkörper im Betrieb. Ihr Einsatz kann die Festeinstellung von Arbeitnehmern oder die Übernahme von Auszubildenden verhindern und auch das allgemeine Lohnniveau im Betrieb senken. Im Falle von betrieblichen Auseinandersetzungen stehen Leiharbeitnehmer außen vor und werden für Spaltertätigkeit benutzt.

Wir Grünen begrüßen, dass die SPD die Vorschläge unserer Bundestagsfraktion zur Begrenzung der Leiharbeit übernommen hat. Die Forderungen, dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Geltung zu verschaffen, und die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte auszuweiten, teilen wir uneingeschränkt.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen hat die Flexibilitätsprämie für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Höhe von zehn Prozent des Bruttolohns, die der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel jetzt anregt, schon längst mit ihrem Antrag "Zeitarbeitsbranche regulieren - Missbrauch bekämpfen" in den Bundestag eingebracht. Damit zieht die Opposition bei der Begrenzung der Leiharbeit an einem Strang.

Die Bundesregierung ist gefordert, die dringend notwendigen Korrekturen bei der Zeitarbeit umzusetzen. Von ihr waren bisher keine sinnvollen Vorschläge zu hören. Sie muss dafür sorgen, dass im Aufschwung reguläre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden und nicht wie im letzten Aufschwung die Zeitarbeit überproportional boomt.

Die Zeitarbeit soll lediglich Auftragsspitzen abfedern. Nicht mehr und nicht weniger. Reguläre Beschäftigung statt Zeitarbeit lautet die Devise!

\*\*\*